

Pressestimmen

TERRORANSCHLAG IN LONDON

De Telegraaf

„Zusammenarbeit“ Diesen Krieg kann man nur mit Hilfe starker Geheimdienste gewinnen, die Terrornetzwerke unter Beobachtung halten und präventiv eingreifen. Doch ob die Planung (von Anschlägen) auf eigenem Boden erfolgt oder nicht, oft spielen grenzüberschreitende Verbindungen eine Rolle. Internationale Zusammenarbeit ist daher unabdinglich.

De Telegraaf, Amsterdam

THE TIMES

„Kampf“ Terrorismus wird nicht nur am Schauplatz des Anschlags bekämpft. Er wird auch an den Grenzen bekämpft, wo Beamte sicherstellen sollen, dass potenziell verdächtige Personen erkannt und befragt werden. Er wird bekämpft, indem die Abschottung muslimischer Gemeinden verhindert wird. Terrorismus wird bekämpft, indem man soziale Medien davon abbringt, extremistische Propaganda zu verbreiten.

The Times, London

Kalenderblatt



Foto: Reuters

DAS GESCHAH AM ...

7. Juni

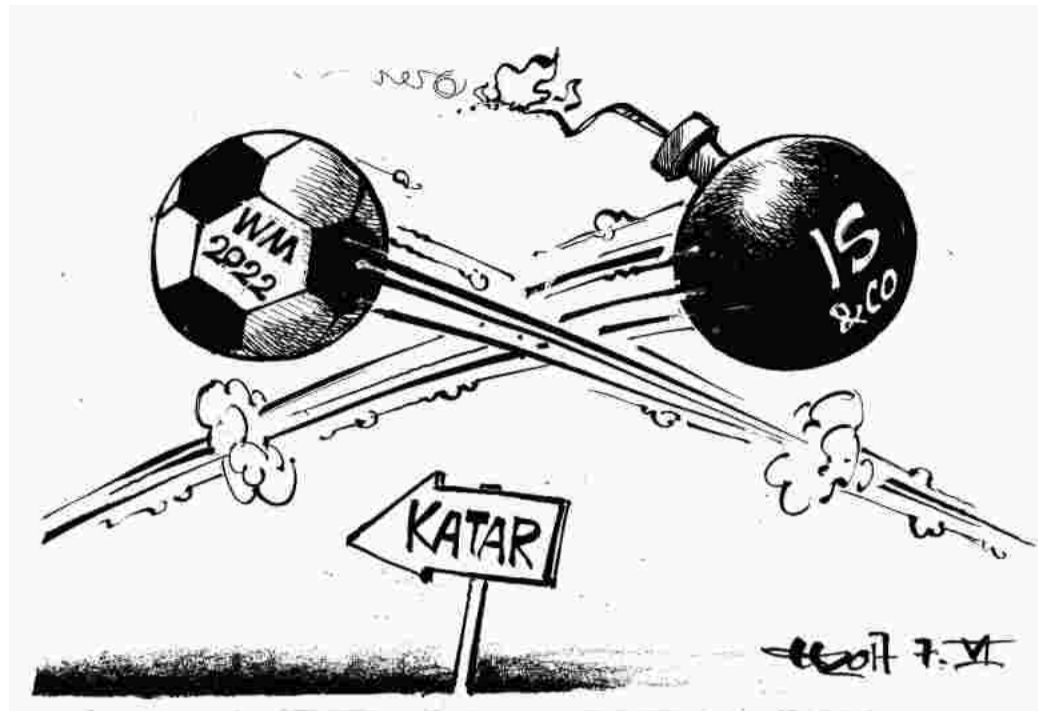
1967: Im „Sechstagekrieg“ erreichen israelische Panzerspitzen den Sueskanal und Sharm El-Sheikh. Einnahme des Tempelbergs in Ostjerusalem durch israelische Fallschirmjäger.

1972: Die zum harten Kern der terroristischen Baader-Meinhof-Gruppe gerechnete Gudrun Ensslin wird in Hamburg festgenommen.

1987: Rund 1000 Ostberliner wollen an der Mauer ein Rockkonzert in Westberlin mithören. Es kommt zu Krawallen zwischen Jugendlichen und der Volkspolizei.

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf Seite 19 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Import - Export

Karikatur: Haitzinger

Menschen

Sadiq Khan

Der Krisenmanager von London

Von Heidi Riepl

Es sind schwierige Zeiten, die Sadiq Khan durchmacht. Als er am Montagabend am Ufer der Themse an die Mikrofone trat, hatte er sich jedes Wort genau überlegt: „Als Bürgermeister von London habe ich eine klare Botschaft an die krankhaften Extremisten, die dieses hinterhältige Verbrechen begangen haben: Ihr werdet nicht gewinnen“, rief der Labour-Politiker, der seit zwei Jahren das höchste Amt der britischen Hauptstadt bekleidet und seit dem Terroranschlag oberster Krisenmanager der Weltmetropole ist.

Den Satz, den Khan danach formulierte, richtete er sicher auch an US-Präsident Trump, der ihn seit Tagen per Twitter beschimpft, den Terror zu verharmlosen: „Als ein stolzer britischer Muslim sage ich das: Eure perverse Ideologie hat nichts mit den wahren Werten des Islam zu tun.“

Über die Parteigrenzen hinweg und der morgen anstehenden Wahl zum Trotz solidarisierten sich alle britischen Spitzenpolitiker spontan mit Khan. Selbst Premierministerin May stellte sich verstoßen auf die Seite ihres politischen Gegners und lobte seine Arbeit. Wie überhaupt die Briten den ersten Muslim an der Spitze Londons schätzen. Denn der Menschenrechts-Anwalt setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein und kämpft gegen Wohnungsnot und steigende Lebenskosten. Der 46-Jährige kennt die Probleme wie kein anderer Politiker: Der Sohn pakistanischer Immigranten wuchs mit sieben Geschwistern in einer Sozialwohnung im Süden Londons auf. Der Vater arbeitete als Busfahrer, die Mutter als Näherin. Khan studierte Jus und wurde



Der populäre Londoner Bürgermeister bezeichnet sich selbst als stolzen britischen Muslim. Foto: rts

2005 in seinem Heimatviertel per Direktwahl zum Labour-Abgeordneten gewählt. Der Vater von zwei Töchtern wurde zur Integrationsfigur. Auch im Streit mit Trump sprach der populäre Bürgermeister den Londonern aus dem Herzen: „Ich denke, wir sollten nicht einem US-Präsidenten den roten Teppich ausrollen, dessen Politik gegen alles geht, wofür wir stehen“, forderte Kahn ein Einreise-Verbot für Trump.

Leitartikel

Von Michael Wrase



Die Welt muss endlich genauer hinsehen

Es sind schlimme Vorwürfe, die Saudi-Arabien an Katar richtet: Das reichste Land der Welt, das 2022 die Fußball-WM ausrichten will, soll den internationalen Terrorismus fördern. Der „Islamische Staat“ und Al Kaida stünden auf der Payroll der Scheichs in Doha. Behaupten die Saudis, denen man bei näherem Hinsehen den gleichen Vorwurf machen könnte. Die Herrschenden in Riad und Doha sind Wahhabiten, Mitglieder jener intoleranten, kulturfeindlichen islamischen Sekte, der auch die Dschihad-Terroristen in Syrien und dem Irak angehören.

Wahhabismus und Toleranz, die pfiffige PR-Strategen neuerdings als eine katarische Eigenschaft anzupreisen versuchen, passen eigentlich nicht zusammen. Um lukrative Geschäfte zu machen, hat sich der Westen mit den Wüstenkönigreichen und Emiraten aber arrangiert. Zuletzt war es Donald Trump,

Kritik an Katar ist wichtig. Nur darf sie nicht von den Saudis kommen.

bei seinem Besuch in der Region den rückwärtsgewandten Islam seiner Gastgeber, mit dem der ideologische Nährboden für den weltweiten islamistischen Terror erst geschaffen wurde, völlig ignorierte. Der US-Präsident stärkte stattdessen den Saudis den Rücken, was diese offenbar als Signal zum Frontalangriff auf Katar missverstanden.

Kritik an dem machtbesessenen Emirat ist wichtig. Nur darf sie nicht von den Saudis kommen, deren Angriff auf Katar in Wirklichkeit eine weitere Attacke gegen den Iran ist. Riad geht es um die völlig unsinnige Isolierung der Islamischen Republik, die Katar mit seinen Ostkontakten verhindert. Und das ist gut so. Auch Kuwait, Oman und Dubai pflegen normale Kontakte zu Teheran, ohne von Riad als Buhmann bloßgestellt zu werden.

Genauer hinsehen sollten wir in Katar dennoch. Bereits bei der Vergabe der Fußballweltmeisterschaft war bekannt, dass das absolutistisch regierte Emirat auch Extremisten unterstützte und der Staatssender Al Dschasira einmal das wichtigste Sprachrohr von Osama bin Laden war. Geschadet hatten diese Kontakte den Katarern nicht.

Ob Waffen oder Fußball, das Business stand und steht immer im Vordergrund. Im Streit mit Katar geht es zudem um die Kontrolle der arabischen Leitmedien, welche – mit Ausnahme von Al Dschasira – ausnahmslos von den Saudis kontrolliert werden. Auch die Gleichschaltung der Orient-Medien sollte für uns ein Anreiz sein, in Arabien noch genauer hinzusehen und die Absichten der Könige und Emire ständig zu hinterfragen.

m.wrase@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Kurz-Anleitung zur Steuersenkungsdebatte

Österreich bereitet sich auf den Wahlkampf vor, und es wird, wie sich zurzeit abzeichnet, ein dominantes Thema geben: Steuersenkungen. Das ist insoweit zu begrüßen, als die letzten Wahlkämpfe im Zeichen der emotionsgeladenen Flüchtlingsthematik standen und nun eine sachlichere Auseinandersetzung erwartet werden kann. Eine Vielzahl von Argumenten können pro und contra Steuersenkungen ins Feld geführt werden.

Worauf sollte in dieser Diskussion geachtet werden? Hier der Versuch einer „Kurz“-Anleitung zur von Sebastian Kurz ausgelösten Debatte:

1. Was soll überhaupt das Ziel der Steuerpolitik sein? Schon diese Frage hat es in sich. Die Antwort kann von der „fairen“ Aufteilung der Staatsausgaben auf alle Österreicher über die Schaffung von Wachstum bis hin zur Stärkung Österreichs im internationalen Wettbewerb reichen.

2. Wie sollen in Zukunft Steuern erhoben werden? Damit ist gemeint, wo man als Österreicher überall dem Staat Steuern oder Abgaben zahlt. Die Frage, ob Steuern über die Höhe des Einkommens, des Vermögens, des Konsums, etc.



VON TEODORO D. COCCA

abgerechnet werden sollen, kann Vor- und Nachteile haben. Immer zu überlegen ist, welche Folgewirkungen die eine oder andere Lösung hat.

3. Wie empfinde ich die Steuerbelastung in Summe? Halt, da darf man es sich natürlich nicht zu einfach machen. Die instinkthafte Erstantwort sollte zumindest nach einer breiteren Würdigung der staatlichen Leistungen erfolgen. Schließlich bietet gerade der österreichische Staat seinen Bürgern sehr viele Dienstleistungen (und Förderungen) an. Österreich gilt aber zweifelsohne als Hochsteuer-

land. Man kann die Frage auch im Sinne eines Preis-Leistungs-Vergleichs verstehen. Also in anderen Worten: Habe ich das Gefühl, dass mir der Staat in Summe eine passende Dienstleistung für den entrichteten Preis (Steuer) liefert? Empfindet man die staatliche Leistung ineffizient oder gar ungerecht verteilt, und was meint man genau damit?

Die Schlussfrage: Was passiert, wenn durch eine Steuersenkung die Steuereinnahmen des Staates sinken? Inwieweit glaubt man nun, dass diese „Lücke“ wie so oft über neue Schulden finanziert wird, die Ausgaben zugunsten der Bürger deutlich reduziert werden

oder durch die geringeren Einnahmen der Staat gezwungen wird, Ineffizienzen und Verschwendungen abzubauen.

Wie sich zeigt, deckt die Diskussion über Steuersenkungen tatsächlich viele sehr zentrale Fragen über das eigene Verständnis, wie ein Staat funktionieren sollte, ab. Genau zu verfolgen ist, welche konkreten Aussagen die verschiedenen politischen Parteien und ihre Exponenten zu den mit einer Steuersenkung verbundenen Themen machen. Gute Wahl!

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz